

VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN "EICHENLAUBHOF"

Die Planbearbeitung erfolgte durch das Planungsbüro AIG Architekten- und Ingenieurgesellschaft mbH, Bräunstraße 11, 67655 Kaiserslautern.

RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) vom 1. Juli 1987 i.d.F. der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253, Jng. 1988), geändert durch Artikel 1 des Investitionsförderungs- und WohnbaulandG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466, Jng. 1993), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuches (BauGB-ÄndG) vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1189, Jng. 1996) und zuletzt geändert aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuches und zur Neuordnung des Rechts der Bauordnung (Bau- und Raumordnungsgesetz 1998-BauROG) vom 18.08.1997 (BGBl. I S. 2081 Jng. 1997) in der ab dem 01.01.1998 gültigen Fassung.
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 27. Januar 1990 i.d.F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132, Jng. 1990), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Investitionsförderungs- und WohnbaulandG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466, Jng. 1993)
- Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 i.d.F. der Bekanntmachung vom 22. Januar 1991 (BGBl. I S. 58, Jng. 1991)
- Landesbauordnung Saarland (LBO) Landesbauordnung für das Saarland vom 27. März 1996

A. ZEICHNERKLÄRUNG

1.0 FESTSETZUNGEN

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
 - SO** Sondergebiete, die der Erholung dienen (§ 10 BauNVO)
 - Zweckbestimmung: Sondergebiete, die der Erholung dienen (§ 10 BauNVO), z.B.: Reiterhof
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
 - GR 200 m² Grundfläche mit Flächenangabe, als Höchstmaß
 - GF 500 m² Geschosfläche mit Flächenangabe, als Höchstmaß
 - II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, römische Ziffer
 - Höhe baulicher Anlagen in Meter über einem Bezugspunkt
 - TH 9,0m als Höchstmaß, Traufhöhe TH
 - FH 12,5m als Höchstmaß, Firsthöhe FH
 - OK 16,0m als Höchstmaß, Oberkante OK
- Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche, Gebäudestellung (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
 - o offene Bauweise
 - a abweichende Bauweise
 - E nur Einzelhäuser zulässig
 - Baugrenze
 - überbaubare Fläche
 - nicht überbaubare Fläche

1.4 Bauflächen für Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 6 BauGB)

- Flächen für Sport- und Spielanlagen
- Zweckbestimmung: Sportanlage, Reitplatz

1.5 Verkehrsflächen (§ 9(1)11 und (6) BauGB)

- Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- Zweckbestimmung: Parkfläche, Fußgängerbereich, Erschließungsweg (Privatschließung), Reitweg

1.6 Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

- unterirdisch
- Zweckbestimmung: Abwasser, Wasser

1.7 Grünflächen § 9 Abs. 1 Nr. 15 und (6) BauGB

- Grünflächen
- Zweckbestimmung: Parkanlage, Spielplatz

1.8 Flächen für die Land- und Forstwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB)

- Flächen für die Landwirtschaft

1.9 Planungen, Nutzregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 a, 25 b und Abs. 6 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und Abs. 6 BauGB)
- Anpflanzen Bäume

Anpflanzen Sträucher

- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b und Abs. 6 BauGB)
- Erhalten Bäume

AM 1 Ausgleichsmaßnahme mit Nummer

1.10 Sonstige Planzeichen

- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)
- Stellplätze
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebiet oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)

2.0 SONSTIGE FESTSETZUNGEN UND DARSTELLUNGEN

- Vermassung, z.B. 15,0 Meter

Nutzungsschablone mit Angabe von:

- 1- Gebietsart
- 2- Traufhöhe
- 3- Grundflächenzahl
- 4- Geschosflächenzahl
- 5- Bauweise
- 6- Dachneigung

3.0 BESTAND

- Flurstücksgrenzen
- Flurstücksnummern

Bestehende Hauptgebäude

Bestehende sonstige bauliche Anlagen

4.0 HINWEISE

- Alle Maße sind in Meter angegeben.
- Kartengrundlage ist ein Auszug aus der amtlichen Flurkarte.

B. TEXTUELLE FESTSETZUNGEN

1. BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs. 1 BauGB)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 SO (Sondergebiete, die der Erholung dienen § 10 BauNVO und § 1 Abs. 4 BauNVO)

Das Sondergebiet erhält die Zweckbestimmung Reiterhof. In diesem, der Erholung dienenden, Sondergebiet sind entsprechend der Zweckbestimmung Nutzungen zulässig, die in direktem Zusammenhang mit der Freizeitnutzung Reitern stehen.

Zulässig sind Einrichtungen zur Unterbringung der Feriengäste (N 3 und N 4) eine Reithalle mit Restaurant sowie Jugendgruppenunterkünften (N 2), eine Hofstelle mit Wohnung, Stallung und Werkstätten sowie Stallungen zur Unterbringung der Pferde (N 1). Darüber hinaus ist die Errichtung eines Reitplatzes als Sport- und Spielanlage zulässig.

Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (z. B. Longierplatz), im Sinne des § 14 BauNVO, die dem Nutzungszweck des Gebietes dienen, sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig. Die Nutzung der nichtüberbaubaren Flächen ist nur in dem Umfang zulässig, wie sie den landesplanerischen Festsetzungen zum Sondergebiet nicht entgegenstehen.

Die Zahl der zulässigen Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter im Sinne des § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO um eine Wohnung je begonnener 10.000 m² Grundstücksfläche.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Die Höchstgröße absolute Grundfläche darf nicht überschritten werden; sie muß innerhalb der durch die Baugrenzen bestimmten überbaubaren Flächen liegen. Gemäß § 15 Abs. 4 BauNVO wird die maximale Überschreitung der festgesetzten Grundfläche für:

- Garagen und Stellplätze
 - Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO
 - bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird
- auf 25 von Hundert beschränkt.

Hievon sind Zufahrten und Zugewungen i. S. des § 19 Abs. 4 BauNVO ausgenommen. Zugewungen und Terrassen sind nicht auf die max. zul. Grundfläche anzurechnen.

Zulässig sind Ferienhäuser mit einer maximalen Grundfläche von 80 m². Die Gebäude sind als Einzelhäuser zu errichten. Die zulässige Gebäudehöhe wird bestimmt durch die Festsetzung einer maximal zulässigen Traufhöhe. Als Bezugspunkt (Messpunkt) gilt der Schnittpunkt der Vorderkante/Außenwand und Oberkante Dachendeckung. Gleichzeitig wird die zulässige Gebäudehöhe bestimmt durch die Festsetzung einer maximal zulässigen Firsthöhe. Maßgeblich für die jeweilige Trauf- oder Firsthöhe ist der frühere Geländeverlauf am Gebäude.

Innerhalb des Baukörpers, dessen Dimensionierung bestimmt wird durch die maximal zulässige überbaubare Fläche und die maximal zulässigen Trauf- und Firsthöhen, wird die Zahl der zulässigen Vollgeschosse i. S. d. LBO auf 1 Vollgeschoss für die Ferienhäuser und zwei Vollgeschosse für die Hofstelle und das Restaurantgebäude begrenzt.

Die Höhe der Silobehälter der Biogasanlage wird mit max. 1,50 m oberhalb der Geländeoberfläche des fertigen Geländes festgesetzt.

3. Überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) und Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Nebengebäude, Stellplätze und Garagen

Nebengebäude gemäß § 14 BauNVO, Garagen und überdachte Stellplätze dürfen nicht außerhalb der festgesetzten überbaubaren Fläche errichtet werden.

Für jede Ferienhauseinheit ist mindestens ein Stellplatz nachzuweisen.

Überdachte Stellplätze, sogenannte Carports, können dann in die Bebauung integriert werden, wenn mindestens 2 Seiten von Oberkante Standfläche PKW bis Unterseite Dach offen bleiben.

Sonstige Nebenanlagen

Die zur Versorgung des Gebietes mit Elektrizität, Gas und Wasser sowie zur Ableitung von Abwasser dienenden Nebenanlagen, insbesondere auch die erforderlichen Anlagen der Biogasanutzung, können als Ausnahmen auf den nicht überbaubaren Flächen des "Sondergebietes Reiterhof" zugelassen werden.

4. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Auf der Grundlage des § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB wird festgesetzt, daß 1-geschossige Wohngebäude mit mehr als zwei Wohnungen, unzulässig sind.

5. Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Die zur verkehrlichen Erschließung des Baugebietes erforderlichen Anlagen sind als verkehrsberuhigte Erschließung herzustellen; die Erschließungsanlage wird gemäß der Ausgestaltung hergestellt. Die Oberflächenwasser sollen innerhalb der Verkehrsfläche selbst (wassergebundene Decken) und seitlichen Mulden (Gräben) über den ebenen Oberboden zur Versickerung gebracht werden.

6. Führung der Ver- und Entsorgungsleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Die Leitungen der Ver- und Entsorgung sind innerhalb der Verkehrsflächen unterirdisch zu verlegen.

7. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die Grünflächen im Geltungsbereich sind mit der Zweckbestimmung "Privates Grün" und "Parkanlage" festgesetzt.

8. Landesplanerische Festsetzungen

Flächen für Maßnahmen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

8.1 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB

8.1.1 Auf den innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind standortgerechte heimische Hochstämme bzw. Sträucher gem. der unter Hinweis aufgeführten Pflanzliste zu pflanzen.

8.1.2 Alle nichtüberbaubaren Grundstücksflächen und nicht als Sport-, Arbeits-, Lager-, Stellplatz- und/oder Verkehrsflächen dienenden Grundstücksteile sind als Grünflächen anzulegen.

Je nach Intensität der Nutzung sind die Flächen entweder mit einer Gebrauchsrennierung (z. B. RSG 4) für die intensive Benutzung (Lage, Spielweise) oder mit einer Wildpflanzenauswahl-Mischung (Bümmenweise) für die extensive Nutzung einzusäen oder der natürlichen Sukzession zu überlassen.

Pro 210 m² nichtüberbaubarer Grundstücksflächen sind hochstämmige Laubbäume oder Strauchgruppen (mindestens 5 Arten) gemäß der unter Hinweis aufgeführten Pflanzliste anzupflanzen und zu integrieren.

8.1.3 Die geschlossenen Fassadenflächen von bestehenden Wohnhaus/Stallungen und der Reithalle sind mit Kletterpflanzen zu begrünen. Dabei sind je 20 m² Wandfläche mindestens eine Kletterpflanze vorzusehen, entsprechende Kletterpflanzen sind der Pflanzliste zu entnehmen.

8.1.4 Erfolgreiche Anpflanzungen unterliegen der Bindung für die Erhaltung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB, ebenso sind der vorhandene Gehölzbestand östlich des bestehenden Wohnhaus/Stallung sowie die gekennzeichneten Bäume innerhalb des vorhabenbezogenen Bebauungsplans zu erhalten und während der Baumaßnahmen entsprechend DIN 18920 zu sichern.

8.1.5 Die in der Planurkunde mit AM 3 und AM 4 gekennzeichneten Flächen sind vorzugsweise mit Pflanzen der unter Hinweis separat angegebenen "Pflanzliste AM 3, AM 4" zu bepflanzen und dauerhaft zu pflegen.

8.1.6 Für die in der Planurkunde festgesetzte Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen im Bereich des Standort für die Güllensilos sind die Güllensilos nördlich des bestehenden Wohn- und Betriebsgebäudes sind mit Pflanzen der separat angegebenen "Pflanzliste Güllensilos" zu bepflanzen und dauerhaft zu pflegen. Die Bepflanzung ist in dem Umfang vorzunehmen, dass sich daraus ein wirksamer Sichtschutz ergibt.

8.2 Flächen für Maßnahmen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

8.2.1 Die Stellplätze sowie Fuß- und Reitwege und soweit möglich die Erschließungswege der Ferienhäuser sind mit einer wasserdurchlässigen Decke zu befestigen.

8.2.2 Die nichtbehandlungsbedürftigen Niederschlagswasser der Erschließungsflächen sowie aus der Dachentwässerung anfallende Regenwasser ist in offenen Gräben zu der Abwasser- bzw. Versickerungsfläche (AM 4) im Südosten des Geltungsbereichs abzuleiten. Die anfallenden Niederschlagswasser der Ferienhäuser sind an Ort und Stelle auf dem Grundstück über die betonierte Oberbodenzone zu versickern.

8.2.3 Die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan bezeichneten Ausgleichsmaßnahmen sind entsprechend dem Grundsatzplan zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan wie folgt anzulegen:

- AM 1 Entwicklung einer Streuobstwiese (Anpflanzen von hochstämmigen Obstbäumen gemäß der unter Hinweis aufgeführten Pflanzliste)
- AM 2 Entwicklung eines Feldgehölzes
- AM 3 Entwicklung eines lockeren Gehölzbestandes und einer Sukzessionsfläche
- AM 4 Entwicklung eines lockeren Gehölzbestandes und einer Sukzessionsfläche

II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE GESTALTUNGSFESTSETZUNGEN (§ 83 LBO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB)

1. Dachform und Dachneigung

Dächer sind grundsätzlich als Satteldächer auszubilden; Nebengebäude und Garagen können auch mit Pultdächern versehen werden. Zur Dachendeckung sind dunkeltonige Materialien zu verwenden. Die zulässige Dachneigung ist entsprechend dem Eintrag in der Nutzungsschablone festgesetzt.

2. Dachgauben

Die Dachgauben dürfen als Einzelgauben 1/3 der Gebäudelänge nicht überschreiten. Bei zwei oder mehr Gauben ist die Summe der Gaubelänge auf max. die Hälfte der Gebäudelänge beschränkt.

3. Dacheinschnitte

Dacheinschnitte sind unzulässig. Lichtbänder in der Dachebene sind mit Unterbrechungen zulässig, sie dürfen maximal 50 % der Dachfläche einnehmen.

4. Einfriedungen

Die Einfriedungen der Grundstücke haben von Wirtschafts- und Fußwegen einen Abstand von mindestens 1,0 m einzuhalten. Entlang der Erschließungsstraße ist der Abstand der Einfriedungen vor der vorderen Baugrenze straßenseitig auf maximal 1,20 m zu beschränken; die Sockelhöhe darf 0,5 m nicht überschreiten. Ansonsten sind Einfriedungen bis zu einer Höhe von 2,0 m entsprechend den bauordnungsrechtlichen Bestimmungen zulässig.

5. Fassaden

Für die Außenwände sind Putz, Natursteine und Sichtmauerwerk (Klinker, Kalksandsteine) und Holz zulässig. Verkleidungen mit glasiertem Material, Schiefer, Kunststoff (PVC) und Faserzementplatten-Material sind unzulässig.

6. Gestaltung der nicht überbauten Grundstücksflächen

Die nicht überbauten Grundstücksflächen sind mit heimischen Pflanzen landschaftsgemäß zu gestalten.

7. Gestaltung der Parkplätze, Stellplätze, Zufahrten und Fußwege

Für die Befestigung der Zufahrten und Stellplätze sind wasserdurchlässige Materialien wie wassergebundene Decken zu verwenden, ersatzweise sind großformatige Plaster- oder Rasengittersteine zu verwenden. Die gleiche Art der Befestigung wird für die Parkplatzeinrichtungen festgesetzt.

C. HINWEISE - Nicht Bestandteil der Satzung

1.0 VERSICKERUNG VON OBERFLÄCHENWASSER

Das auf den Grundstücksflächen anfallende, unverschmutzte Oberflächenwasser ist soweit möglich einer Versickerung zuzuführen oder für eine Wiederverwendung zu sammeln oder den zentralen Versickerungsflächen zuzuleiten. Das auf den Verkehrsflächen anfallende, unverschmutzte Oberflächenwasser ist den Versickerungsmulden (Mulden-System) zuzuleiten.

2.0 MINIMIERUNG VON ABFÄLLEN

Der bei einer Unterteilung anfallende Erdaushub ist aus ökologischen Gesichtspunkten (Minimierung von Abfällen und deren Transport) nach Möglichkeit im Rahmen einer sukzessiven Freiflächengestaltung der Grünflächen zu integrieren und einer unmittelbaren Verwertung zuzuführen.

3.0 Pflanzliste

Für alle Anpflanzungen sind standortgerechte heimische Bäume und Sträucher folgender Arten zu verwenden; die diese Bäume und Sträucher sich an den im Naturraum vorkommenden Arten orientieren, an die Standortbedingungen (Boden, Feuchtigkeit) des Planungsbereiches gut angepasst sind und als Lebensstätte daran angepasste Tierarten anlocken.

Bäume:

- | | |
|---------------------|--------------|
| Acer campestre | Feldahorn |
| Acer platanoides | Spitzahorn |
| Acer pseudoplatanus | Bergahorn |
| Carpinus betulus | Hainbuche |
| Fagus sylvatica | Rotbuche |
| Malus sylvestris | Wildapfel |
| Prunus avium | Vogelkirsche |
| Pyrus pyrausta | Wildbirne |
| Quercus petraea | Traubeneiche |
| Quercus robur | Stieleiche |
| Salix caprea | Salweide |
| Salix fragilis | Bruchweide |
| Sorbus aucuparia | Eberesche |
| Tilia cordata | Winterlinde |

Obstbäume (Hochstämme, bewährte landschaftstypische Sorten):

Apfel, Birne, Kirsche, Zwetsche

Sträucher:

- | | |
|---------------------|--------------------------|
| Cornus sanguinea | Roter Hartweigel |
| Corylus avellana | Haselnuß |
| Crataegus monogyna | Eingriffiger Weißdorn |
| Crataegus laevigata | Zweigflügeliger Weißdorn |
| Prunus spinosa | Schlehe |
| Rosa canina | Hundsrose |
| Salix aurita | Ohnweide |
| Salix triandra | Mandelweide |
| Sambucus nigra | Schwarzer Holunder |
| Sambucus racemosa | Trauben-Holunder |
| Viburnum opulus | Gewöhnlicher Schneeball |

Fassadenbegrünung:

- | | |
|-----------------------------|------------------|
| Clematis vitalba | Gemeine Waldrebe |
| Hedera helix | Efeu |
| Parthenocissus quinquefolia | Wilder Wein |
| Polygonum aubertii | Krötenrich |

Unterpflanzung/Bodendecker:

- | | |
|--------------|-------------------|
| Vinca minor | Kleines Immergrün |
| Hedera helix | Efeu |

Pflanzliste AM 3; AM 4:

- | | |
|----------------|-------------|
| Salix aurita | Ohnweide |
| Salix caprea | Salweide |
| Salix fragilis | Bruchweide |
| Salix triandra | Mandelweide |

Pflanzliste Güllensilos:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| Cornus sanguinea | Roter Hartweigel |
| Corylus avellana | Haselnuß |
| Sambucus nigra | Schwarzer Holunder |
| Sambucus racemosa | Trauben-Holunder |
| Sorbus aucuparia | Eberesche |

4.0 Sonstige Hinweise zur Landespflege:

4.1 Die gründerische Objektplanung in Form eines Gestaltungs- und Bepflanzungsplans erfolgt auf der Ebene der Beantragung der Baugenehmigung.

4.2 Weitere, ursprünglich vorgesehene Flächen für Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Eichenlaubhof können nach der Umpflanzung im Vorfeld der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB entfallen. Die Umpflanzung hat zu einer weiteren Minimierung der Eingriffe geführt.

5.0 Hinweis zur Schmutzwasserbeseitigung:

Die innerhalb des Geltungsbereichs anfallenden Schmutzwässer werden durch die Realisierung der Biogasanlage innerhalb des Geltungsbereichs zurückgehalten und einer Verwertung zugeführt. Die örtliche Kanalisation und Kläranlage werden daher nicht in Anspruch genommen und weiter belastet.

D. VERFAHRENSVERMERKE:

- | | | |
|---|--|----------------|
| 1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB | 26.11.1998 | |
| 2. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs. 1 BauGB | 07.01.1999 | |
| 3. Beteiligung der Bürger (frühzeitige Bürgerbeteiligung) gemäß § 3 Abs. 1 BauGB | v. 18.01. bis 19.02.99 | |
| 4. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB | von 18.01.1999 bis 19.02.1999 | |
| 5. Beschlußfassung über Bedenken und Anregungen der Träger öffentlicher Belange gemäß § 5 Abs. 2 BauGB | 25.05.1999 | |
| 6. Beschluß über die öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB | 03.05.2001 | |
| 7. Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB | 27.06.2001 | |
| 8. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB | 05.07.2001 | |
| 9. Öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB | 1. Auslegung von 09.07.01 bis 10.08.01 | 2. Auslegung - |
| 10. Prüfung der während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Bedenken und Anregungen gemäß § 5 Abs. 2 BauGB | 1. Auslegung 06.09.01 | 2. Auslegung - |
| 11. Mitteilung des Prüfungsergebnisses gemäß § 5 Abs. 2 BauGB | 1. Auslegung 19.11.01 | 2. Auslegung - |
| 12. Dieser Plan wurde gemäß § 10 BauGB vom Rat der Gemeinde Weiskirchen als Satzung beschlossen | 06.09.01 | |

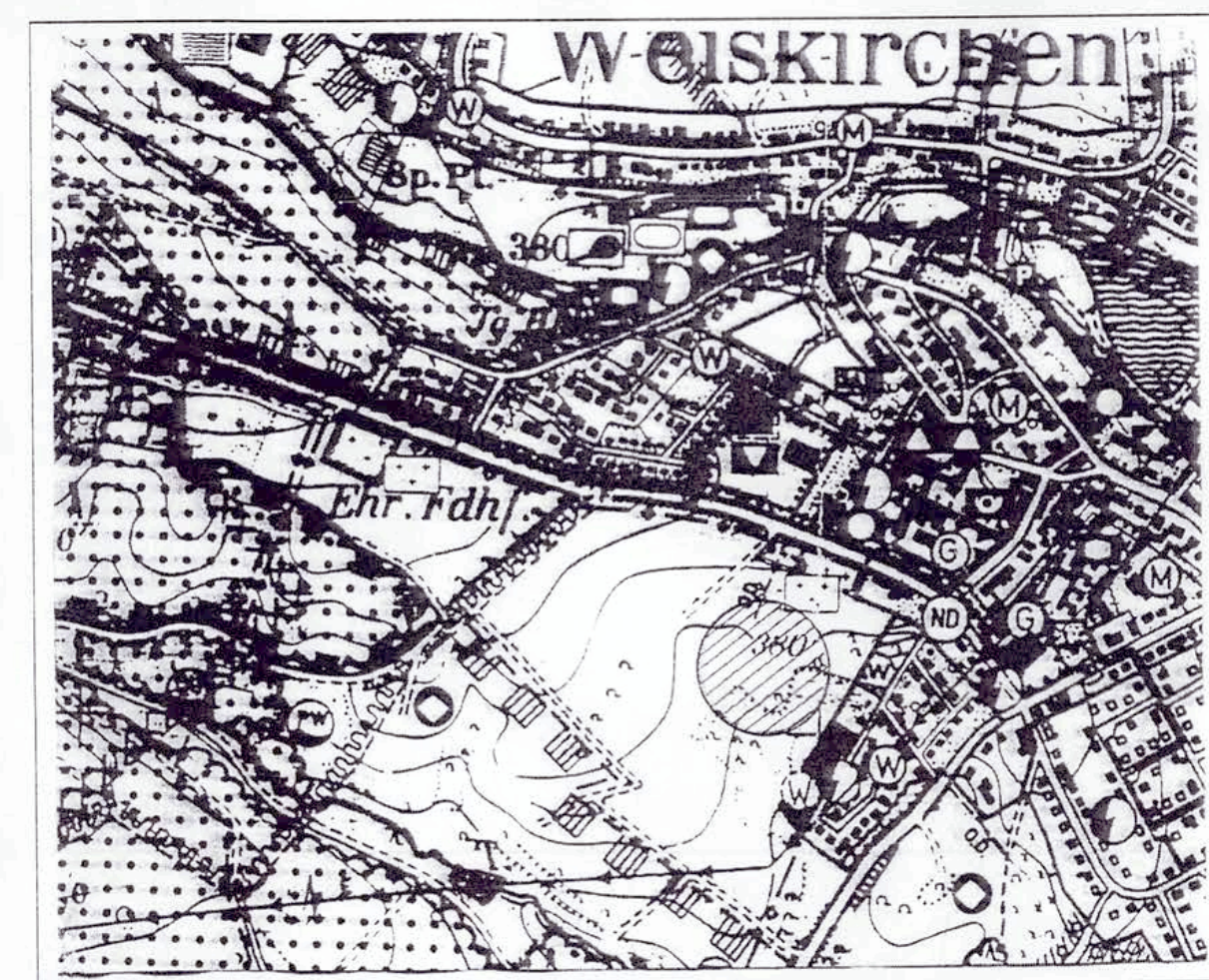
13. Öffentliche Bekanntmachung

Mit der Bekanntmachung tritt dieser Bebauungsplan in Kraft. Diesem Bebauungsplan ist eine Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan

„Sondergebiet Reiterhof“
Gemeinde Weiskirchen

M 1/1000



Sondergebiet Reiterhof
Vorhabenbezogener Bebauungsplan
Satzungsexemplar

ARCHITECTEN + INGENIEUR GMBH
ARCHITECTURE
RAUM- UND UMWELTPLANUNG

Stand: August 2001
Bearbeiter: Dipl.-Ing. H.-W. Schlunz

BRUNNENSTRASSE 11
TEL: (0631) 3164-0

67655 KAISERSLAUTERN
FAX: (0631) 3164-99